

**Lärmschutzgemeinschaft  
Flughafen Köln/Bonn  
Forststr. 141; 51107 Köln**

**Bundesvereinigung gegen Fluglärm  
Grupellostr. 3, 40210 Düsseldorf**

## **Pressemitteilung**

### **Offener Brief an Ministerpräsidentin Kraft zum Weltkindertag Lärm beeinträchtigt die Entwicklungschancen der Kinder**

Mit einer Anzeigen-Kampagne und einem Offenen Brief an die Ministerpräsidentin des Landes, Hannelore Kraft, fordern viele prominente Unterzeichner aus Politik, Medizin und Umweltverbänden einen besseren Schutz der Kinder vor Fluglärm und den daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die schulischen Leistungen und die gesundheitliche Entwicklung. Anlass ist, dass die Ministerpräsidentin als Schirmherrin für den „WDR-Preis für die Rechte des Kindes“ auftritt.

*Die Namen der Unterzeichner entnehmen Sie bitte dem anliegenden Offenen Brief*

Nicht nur in fernen Ländern, sondern auch unmittelbar vor Ihrer Haustür seien Kinder auf eine besondere Weise gefährdet und damit einiger Ihrer Rechte beraubt. Gerade bei der Flughafendichte in Nordrhein-Westfalen lägen viele Schulen im Nahbereich von großen Flughäfen. Oft seien die Kinder dort schon tagsüber in nicht verantwortbarer Weise dem Fluglärm ausgesetzt. Sowohl nationale als auch internationale Studien belegten, dass unter Fluglärmeeinfluss die Lesefähigkeit wie auch Gedächtnisleistungen hochsignifikant beeinträchtigt würden. Lebten Kinder dann auch noch im Umfeld von Flughäfen, an denen ein Rund-um-die-Uhr Flugbetrieb stattfindet (wie dies vor allem in Köln/Bonn der Fall ist), summierten sich Lernstörungen mit nicht erholsamem Schlaf zu einer kaum wieder gut zu machenden, massiven Benachteiligung in der schulischen und persönlichen Entwicklung der betroffenen Kinder.

In Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen ist festgelegt, dass der Staat die Kinder vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl schützen soll und darauf zu achten hat, dass die Kinder nach ihren Anlagen und Fähigkeiten gefördert werden. Die Ministerpräsidentin wird aufgefordert, Ihren politischen Einfluss geltend zu machen und vor allem den ausufernden Nachtfluglärm zu stoppen.

Der Vorsitzende der Lärmschutzgemeinschaft Flughafen Köln/Bonn, Helmut Breidenbach, weist in diesem Zusammenhang zusätzlich auf eine aktuelle Untersuchung aus dem Vorjahr zum Nachtflug in Köln/Bonn hin, dem jährlich 60 Todesfälle und Millionenschäden durch Krankheitskosten zugeschrieben werden. "Das Land muss endlich mehr Mut und Entschlossenheit für die Einführung von Nachtflugbeschränkungen zeigen und ggf. einen Rechtsstreit mit dem Bund riskieren, anstatt immer nur einzuknicken!"

Wenn die am Flughafen agierenden Unternehmen Planungssicherheit einfordern, muss diese auch für die weit über einhunderttausend stark vom (Nacht-)Fluglärm betroffenen Menschen in der Region Köln/Bonn und gerade auch für die Kinder gelten, deren Lebensraum und Gesundheit zu schützen sind.

gez. Helmut Breidenbach

Vorsitzender der LSG Flughafen Köln/Bonn

Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm